

**Betreff:**

Biosphärenregion - Beteiligung fortführen, Bedenken ernst nehmen  
- Antrag der FDP-Fraktion vom 21.01.2020 -

**Antragstext:**

Im Jahr 2017 beschlossen der Hessische Landtag, die Stadtverordnetenversammlung Wiesbaden sowie die Kreistage Rhein-Taunus und Main-Taunus, eine ergebnisoffene, partizipative Prüfung der Machbarkeit einer Biosphärenregion in Auftrag zu geben. Die Machbarkeitsstudie soll Grundlage für die folgende kommunale Entscheidungsfindung sein, weist aber Probleme auf: So wurde bei der Zusammenfassung der Prüfungsergebnisse nur indirekt deutlich, dass es in zentralen Sektoren wie „Land-, Forstwirtschaft und Weinbau“ große Vorbehalte gegen die Einrichtung einer Biosphärenregion gibt. Dies liegt nicht zuletzt an der etwas originellen Skalierung, in der „Chancen überwiegen“ können, aber keine Risiken - weiter als bis „strittig“ reicht die Skala im negativen Sinne nicht (S. 7). Damit muss hinter die angekündigte Ergebnisoffenheit zumindest ein Fragezeichen gestellt werden. Zwar werden mögliche Risiken später aufgeführt (S. 34), jedoch bleibt unklar, wie diese im Hinblick auf die Tabelle zu Beginn genau gewichtet wurden. Der Kreisbauernverband positioniert sich jedenfalls offen gegen eine mögliche Biosphärenregion. Die Landwirte in der Region stehen durch schwierige Marktbedingungen und zahlreiche gesetzliche Auflagen unter Druck, wie nicht zuletzt während der Demonstrationen am 10. Dezember in Wiesbaden deutlich wurde. Vor diesem Hintergrund macht es Sinn, vor einer Entscheidung noch einmal speziell mit Kritikern der Biosphärenregion in einen Dialog zu treten, damit berechnete Einwände Gehör finden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) zu berichten, ob er ob der Magistrat die in der Machbarkeitsstudie angewendete Methodik, sowie die Auswahl und Gewichtung der Standpunkte für ausreichend ergebnisoffen hält, und wenn ja, warum.
- 2) Für das zweite Quartal 2020 ein Hearing zum Thema Biosphärenregion vorzubereiten, für das jede im Ausschuss vertretene Fraktion einen Experten benennen kann.

Wiesbaden, 21.01.2020

Lucas Schwalbach  
Umweltpolitischer Sprecher

Johannes Mellein  
Fraktionsreferent